

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

vom 16. bis 19.12. hat der Landtag das letzte Mal im Jahr 2019 getagt. Im Zentrum standen die abschließenden Haushaltsberatungen für das kommende Jahr 2020. Mit einer aktuellen Stunde zum Thema „Soziale Sicherheit nicht nur zur Weihnachtszeit - Gerechte Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ haben wir aber z.B. auch ein deutliches Zeichen für

bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne gesetzt. Gerade als SPD ist es unsere Aufgabe hier weitere Verbesserungen zu erstreiten. In dieser Ausgabe möchte ich etwas näher über den neuen Haushalt berichten, werde auf unseren Entschließungsantrag zur Einhaltung der Tariftreue und Vergaberichtlinien eingehen und informiere über unseren Entschließungs-

antrag zum Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor Wirtschaftsinteressen. Ich wünsche eine anregende Lektüre, besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr, *Ihr und Euer*

Axel Brammer



Haushalt 2020

Mit einem Gesamtvolumen von fast 35 Milliarden Euro investiert die SPD-geführte Landesregierung weiterhin in wichtige Bereiche wie die Bildung, die Pflege, die innere Sicherheit, die Mobilität, den Umweltschutz und z.B. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes. Wir in Niedersachsen zeigen damit, dass eine ausgewogene Balance zwischen innovativen Investitionen und der Einhaltung der Schuldenbremse funktioniert. Ein paar Schwerpunkte des Haushaltsgesetzes 2020 sind z.B. die finanzielle Absicherung der Schulgeldfreiheit für angehende Erzieherinnen und Erzieher, die Verstetigung von 70 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit sowie die strukturelle Erhöhung des BBS-Budgets um 7,5 Mio. Euro. Außerdem führen wir die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe ein. Wir finanzieren für alle, die ab 2019 eine Ausbildung in der Physiotherapie, der Ergotherapie, der Logopädie, der Podologie sowie zum Atem-, Sprech-, und Stimmlehrer machen das Schulgeld. Für das Jahr 2020 werden hierfür 9,1 Mio. Euro bereitgestellt. Darüber hinaus investieren wir von 2019 bis 2020 zusammen mit dem Bund und den Kommunen 250 Mio. Euro in unsere Krankenhäuser. Nicht-universitäre Kliniken werden zudem pauschal jährlich mit 115 Mio. Euro gefördert. Für die Sachausstattung sowie Aus- und Fortbildungen für die Polizei stellen wir jährlich 7 Mio. Euro und für die IT-Sicherheit des Landes haben wir für die kommenden vier Jahre insgesamt 31,5 Mio. Euro eingeplant. Die Investitionen in unsere bestehende Infrastruktur haben wir auf jährlich 110 Mio. Euro erhöht. Für innovative Klimaschutz-

vorhaben stehen neben den 100 Mio. Euro aus der VW-Bußgeldzahlung weitere 40 Mio. Euro zur Verfügung. Unsere Beamtinnen und Beamte erhalten als Zeichen der Wertschätzung eine jährliche Sonderzahlung und alle verbeamteten Lehrkräfte unserer Grund-, Haupt- und Realschulen in der Besoldungsgruppe A12 bekommen zum neuen Schuljahr monatlich 97,27 Euro mehr. Auch noch für nennenswert halte ich z.B. unsere Projektförderung zur Bekämpfung von Mikroplastik in Lebensmitteln mit 1,4 Mio. Euro sowie die Förderung des Erhalts von artenreichem Grünland mit 750.000 Euro über die sogenannte politische Liste. Alleine diese ausgewählten Auszüge aus dem Haushalt zeigen, dass wir uns in Niedersachsen weiterhin breit aufstellen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Tariftreue- und Vergaberichtlinien durch intensivere Kontrollen einhalten

Vertragliche wie gesetzliche Verpflichtungen entfalten nur dann die gewünschte Wirksamkeit, wenn Verstöße gegen sie konsequent sanktioniert werden. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Engagement des Bundes die Schwarzarbeit zu bekämpfen und durch die Kontrolle des Mindestlohns für mehr Gerechtigkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Wir haben uns vor diesem Hintergrund dafür ausgesprochen, dass die Landesregierung die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Mindestentgeltkontrollen mit dem Ziel einer Intensivierung überprüft. Gerade auch die korrekte Ausführung öffentlicher Aufträge ist uns wichtig. Wir wollen auf niedersächsischen Baustellen dafür sorgen, dass die beauftragten Unternehmen sowie die jeweiligen

Nachunternehmen und Verleihunternehmen ihre vergaberechtlichen Verpflichtungen einhalten, also insbesondere die eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch wirklich mindestens den Mindestlohn erhalten.

Gesundheits- und Trinkwasserschutz

Seit Jahrzehnten werden in Niedersachsen Erdgas und Erdöl gefördert. Im Jahr 2017 stammten mehr als 95% der Erdgasproduktion und über 35% der Erdölproduktion Deutschlands von hier. So gut die Sicherheitsvorkehrungen bei der Produktion auch sein mögen, es gibt Restrisiken. Z.B. wird derzeit ein möglicher Zusammenhang zwischen der Häufung von Krebserkrankungen und der Wohnortnähe zu Erdgasförderstätten im Dialog mit den Betroffenen untersucht. Um in jedem Fall für mehr Transparenz zu sorgen und die landesweite Sicherheit der Bohrplätze zu verbessern, haben wir beschlossen, uns u.a. über eine Bundesratsinitiative dafür stark zu machen, dass für alle neuen Bohrungen in Wasserschutzgebieten eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Dies ist bisher nicht in jedem Fall Pflicht. Wasser ist für Menschen, Tiere und Pflanzen die wichtigste Ressource, die es zu schützen gilt. Verunreinigungen können unterirdische Trinkwasserreserven im schlimmsten Fall unbrauchbar machen. Begrüßenswert ist, dass der Bund bereits sowohl das Fracking als auch die Verpressung von Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen hat. Möglichkeiten durch die Verpflichtung zur Umweltverträglichkeitsprüfung und evtl. auch durch die Erhöhung des Mindestabstands von neuen Förderanlagen zur Wohnbebauung für mehr Sicherheit zu sorgen, müssen genutzt werden.